

Antrag der Fraktion der CDU

Aussetzung der Planungen zur Einrichtung einer Umweltzone in der Stadtgemeinde Bremen

Nach gegenwärtiger Beschlusslage plant der Senat der Freien Hansestadt Bremen, bis spätestens Herbst 2008 eine Umweltzone in der Stadtgemeinde Bremen einzurichten. Sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch bei betroffenen Betrieben in Bremen und den benachbarten Landkreisen herrscht über die konkrete Ausgestaltung, etwa hinsichtlich Umfangs der Umweltzone, Zulassung bestimmter Kraftfahrzeuge und Gebührenordnung bei Ausnahmen, eine große Verunsicherung.

Insbesondere der Einzelhandel und zahlreiche mittelständische Unternehmen, die innerhalb der geplanten Umweltzone liegen, tätig sind oder diese passieren müssen, haben sich kritisch über die sehr rasche Einführung einer Umweltzone ausgesprochen. So herrscht vor allem Unklarheit darüber, welche Auswirkungen eine Verschlechterung der Erreichbarkeit für bestimmte Unternehmen im Vergleich mit ihren Konkurrenzunternehmen außerhalb der Umweltzone haben werden. Abgesehen davon, dass zahlreiche Verbände zudem rechtliche Bedenken etwa im Hinblick auf eine Verletzung des Bremischen Mittelstandsförderungsgesetzes vom März 2006 befürchten, sind ganz offensichtlich auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze sehr verunsichert.

Bislang wurde zudem nicht geklärt, wie sich die Einführung einer Umweltzone in sozialer Hinsicht auf all jene Bürger auswirkt, denen aufgrund ihrer sozialen Lebensumstände eine Umrüstung ihres Kraftfahrzeugs oder eine Neubeschaffung nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang wird vor allem an den im Vergleich mit anderen Städten sehr hohen Gebühren für die Erteilung von Ausnahmen Kritik seitens der Bevölkerung geäußert.

Schließlich sind die tatsächlichen Folgen einer Umweltzone in Bremen im Hinblick auf eine Luftverbesserung weiterhin unklar und umstritten. So wurden mögliche Alternativen, wie etwa eine Verkleinerung der Umweltzone auf den besonders durch Schadstoffe belasteten Bereich „Dobbenweg/Bismarckstraße“, nicht ausreichend geprüft. Auch liegen bislang keine verlässlichen und verifizierbaren Daten zu den verkehrlichen Folgen, insbesondere zu den Umwegfahrten betroffener Verkehrsteilnehmer vor.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert die Einführung der geplanten Umweltzone auszusetzen.
2. Der Senat wird aufgefordert, die Einrichtung einer Mikro-Umweltzone im Bereich „Dobbenweg/Bismarckstraße“ zu prüfen.
3. Der Senat wird gebeten, den Deputationen für Bau und Verkehr, für Umwelt und Energie sowie für Wirtschaft und Häfen bis Mitte 2008 und der Stadtbürgerschaft bis Herbst 2008 über die ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Dieter Focke, Helmut Pflugradt,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU